STADTGAS, ERDGAS, RUSSLAND-GAS

Wie Deutschland abhängig wurde

VON REINHARD BINGENER - AKTUALISIERT AM 13.05.2022 - 07:10



Einst wussten kommunale Gaswerke das Monopol von Ruhrgas zu verhindern. Dann lieferte sich die Industrie dem russischen Lieferanten aus – mit viel Hilfe der Politik. Eine kurze Geschichte der deutschen Gasversorgung.

Die Nutzung von brennbarem Gas reicht rund 200 Jahre zurück. Zunächst wurde das Gas vorwiegend für Lampen genutzt, bald auch fürs Kochen, Heizen und für industrielle Zwecke. Hergestellt wurde dieses sogenannte Stadtgas meist durch die Vergasung von Kohle. Bei der Herstellung von Koks fiel brennbares Gas sogar als Abfallprodukt an. Lange wurde dieses Gas in den Kokereien einfach abgefackelt. Später bemühten sich die Betriebe um eine sinnvolle Nutzung und versuchten, den zusätzlichen Energieträger zu verkaufen. Weil die benachbarten Industriebetriebe das viele Gas aus den Kokereien des Ruhrgebiets aber gar nicht abnehmen konnten, gründeten mehrere Zechen 1926 gemeinsam eine Firma, um es auch über längere Strecken zu vertreiben. Seit 1928 trug diese Firma den Namen „Ruhrgas“. Die Ruhrgas AG sollte über viele Jahrzehnte wichtige Fäden der deutschen Gaswirtschaft in der Hand halten.

er

›ndent für Niedersachsen,
d Bremen mit Sitz in Hannover.

Die Ruhrgas belieferte zunächst vor allem Industriekunden. Nur ein geringer Teil des Gases ging an private Kunden, die entweder im Ruhrgebiet wohnten oder in Ballungsräumen wie Köln, Hannover oder Frankfurt, die rasch über Leitungen angeschlossen wurden. Pläne für ein reichsweites Netz scheiterten am Widerstand der kommunalen Gaswerke, die ein Monopol der Ruhrgas fürchteten. In den späteren Fünfzigerjahren schlitterte die deutsche Kohleindustrie in eine Krise. Die von ihr geförderte Steinkohle war im Vergleich zu anderen Energieträgern zu teuer geworden. Dieses Problem betraf auch das in den Kokereien anfallende Gas. Doch just in dieser Zeit entdeckte man in den benachbarten Niederlanden ein riesiges Gasvorkommen: das Groningen-Feld. Und auch die Bundesrepublik erschloss eigene Erdgasvorkommen, vor allem im Nordwesten des Landes. 1960 stellte das niedersächsische Oldenburg als erste deutsche Großstadt seine Gasversorgung auf Erdgas um.

Für Industriekunden war wichtig, dass sie mit Gas nicht teurer produzieren als ihre Konkurrenten mit Öl, was zu einer Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis führte. Streit über den Gaspreis gab es dennoch. Die exportierenden Niederlande und das importierende Deutschland gerieten in der zweiten Ölkrise aneinander. Die Lehre lautete schon damals, dass man sich nicht von einem Lieferanten zu abhängig machen sollte. Der damalige Vorteil der

Bundesrepublik lag darin, dass sie bis in die Achtzigerjahre wesentliche Teile des wachsenden Bedarfs aus den heimischen Erdgasvorkommen decken konnte. Und mit Norwegen (von 1977 an) sowie der Sowjetunion standen weitere Lieferanten bereit, um die Versorgung zu diversifizieren und den Energiehunger der Industrie zu stillen.

Erste Vereinbarung mit Moskau

Mit dem Kreml hatte die Bundesrepublik bereits Ende der Fünfzigerjahre ein sensibles energiewirtschaftliches Geschäft eingefädelt: Die westdeutsche Stahlindustrie stellte für die Sowjetunion Stahlröhren her, damit neu entdeckte Gasvorkommen in Westsibirien erschlossen werden konnten. Wichtige Lobbygruppe bereits damals: der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Doch das Geschäft wurde von der Geopolitik durchkreuzt. Angesichts der Kubakrise wurde Bundeskanzler Adenauer vom amerikanischen Präsidenten Kennedy zu einem Stopp der Röhrengeschäfte gedrängt. 1966 hob die NATO das Röhren-Embargo wieder auf.

Im Zeichen der Entspannungspolitik und deren Devise „Wandel durch Annäherung“ von Willy Brandt und Egon Bahr 1969 wurden die energiewirtschaftlichen Beziehungen mit Moskau dann ausgebaut. Der „Erdgas-Röhren-Vertrag“ sah vor, dass die Sowjetunion von Mannesmann und Thyssen Röhren erhält und dafür 20 Jahre lang Erdgas an die

Ruhrgas AG liefert. Im bayerischen Waidhaus floss 1973 erstmals Erdgas aus dem Ostblock über die deutsch-tschechoslowakische Grenze in das deutsche Pipeline-Netz. Im gleichen Jahr bezog auch die DDR erstmals Erdgas aus der Sowjetunion. Die Bonner Regierung weitete den Gasimport aus der Sowjetunion dann immer stärker aus, auch um sich von den Kapriolen des Ölpreises und den arabischen Öl-Exporteuren unabhängiger zu machen. Auch die Einfuhr von verflüssigtem Erdgas war damals bereits ein Thema. Großbritannien importierte bereits im Jahr 1964 LNG aus Algerien. In Deutschland gab es ebenfalls Pläne, aus Nordafrika Erdgas zu beziehen. Schon 1972 wurde über ein LNG-Terminal in Wilhelmshaven nachgedacht. Das Geschäft zerschlug sich jedoch, weil man sich mit der algerischen Seite nicht über den Preis einigen konnte.

Kunststoffrohre in Wohnungen

Eine technische Neuerung machte Erdgas von den Sechzigerjahren an noch attraktiver für Privatkunden: Statt durch Stahlrohre wurde das Erdgas nun durch vorteilhafte Kunststoffrohre in die Wohnungen geleitet. Mehr und mehr Verbraucher setzten seither auf Gasheizungen. Damit einher ging, dass der Erdgasverbrauch in den Wintermonaten nach oben schnellte. Das Gasgeschäft wurde zu einem Saisongeschäft. Das wiederum ließ von den Siebzigerjahren an die Speicherung einer größeren Menge Erdgas in der Nähe der Konsumenten sinnvoll erscheinen. Dafür eignen sich Salzkavernen oder entleerte Erdgasfelder, von denen es besonders im Nordwesten Deutschlands reichlich gibt. Das Geschäftsmodell für die Speicher besteht darin, dass sie im Sommer mit günstigerem Erdgas befüllt werden, das in der kälteren Jahreszeit zu höheren Preisen wieder abgegeben wird. Anfang der Achtzigerjahre verfügte die deutsche Gaswirtschaft auch über relativ breit diversifizierte Bezugsquellen: Die Niederlande und Russland waren die wichtigen Lieferanten, daneben waren aber auch das heimische Niedersachsen sowie Norwegen wesentliche Bezugsquellen.

Dann setzten indes Entwicklungen ein, die Deutschland mehr und mehr in die Abhängigkeit von Russland führten. Die heimische Erdgasproduktion konnte mit dem steigenden Verbrauch nicht Schritt halten. Erschöpfte Vorkommen und politische Widerstände führten im Gegenteil zu einem rapiden Sinken der Fördermengen seit Anfang der 2000er-Jahre. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich in den Niederlanden, die wegen zunehmender geologischer Probleme inzwischen vorrangig den heimischen Bedarf decken wollen und ihre Exporte reduzieren. Profiteure dieser Entwicklungen waren Norwegen und Russland.

BASF wollte seine eigene Pipeline

Eine nicht unwesentliche Rolle spielt dabei die BASF. Der Chemiekonzern benötigt enorme Mengen Energie und störte sich bereits in den Achtzigerjahren an den Preisen, die von der Ruhrgas AG aufgerufen wurden. Die BASF wollte daher eine eigene Pipeline von Emden nach Ludwigshafen bauen, um selbst Erdgas aus Norwegen zu importieren. Der Plan zerschlug sich jedoch, weil die Norweger es sich letztlich nicht mit der mächtigen Ruhrgas verderben wollten. Der Umbruch in Osteuropa bot der BASF die Chance, stattdessen mit Russland ins Geschäft zu kommen. Und im Kreml hatte man durchaus ein Interesse daran, auf dem wichtigen deutschen Markt künftig zwei Abnehmer gegeneinander ausspielen zu können. Im Herbst 1990 wurde ein Vertrag zwischen der BASF-Tochter Wintershall und Gazprom unterzeichnet.

Kurz darauf kam es zu einem „Gaskrieg“ zwischen der Ruhrgas und der BASF, bei dem kurzzeitig sogar die Versorgungssicherheit auf dem Spiel stand. Gegenstand des Streits war die Belieferung der neuen Bundesländer. Der Streit wurde durch politische Vermittlung zunächst beigelegt, brach 1994 aber erneut aus. Ein angekündigter Lieferstopp durch Gazprom konnte damals durch politische Vermittlung zwischen Bonn und Moskau abgewendet werden. Die beiden Konzerne einigten sich auf eine Abgrenzung ihrer Interessensphären und schlossen langfristige Lieferverträge mit der russischen Seite ab. Gazprom erreichte damals noch ein weiteres Ziel: Gemeinsam mit Wintershall wurde das Gashandelsunternehmen „Wingas“ gegründet. Die BASF hatte nach Einschätzung eines erfahrenen Energiemanagers damit zugelassen, was die Ruhrgas AG stets verhindert hatte: Die russische Seite trat seither nicht nur als Exporteur von Gas auf, sondern erhielt auch Kontrolle über Vertriebsstrukturen in Deutschland.

Russlands Lobbyist Gerhard Schröder

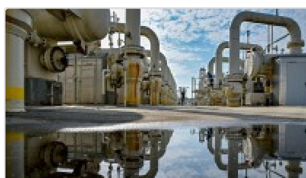
Im Jahr 2002 boxte die Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder per Ministererlaubnis den Zusammenschluss der Ruhrgas mit dem finanzkräftigen Stromkonzern Eon gegen das Bundeskartellamt durch. Der Deal sollte auch größere Gasimporte aus Russland ermöglichen. Die Monopolkommission mahnte bereits damals in einer Stellungnahme eine Diversifizierung der Bezugsquellen und stärkere Einspeicherung von Gas an. Diese Warnungen wurden jedoch ignoriert. 2005 gründeten Gazprom, Eon/Ruhrgas und die BASF-Tochter Wintershall ein Gemeinschaftsunternehmen zum Bau einer Pipeline durch die Ostsee, die sowohl die Ukraine wie auch Polen umgeht: Nord Stream 1. Die Kritik der osteuropäischen Partnerländer an diesem Projekt wurden in Berlin zurückgewiesen. Die rot-grüne Bundesregierung bürgte für die Kredite, und das Geschäft wurde in Anwesenheit von Putin und Schröder besiegelt. Drei Monate später nahm der zwischenzeitlich abgewählte Kanzler eine lukrative Tätigkeit bei der Nord Stream AG auf. Weitere Posten bei staatlichen russischen Energiekonzernen sollten folgen.



:HINA
:ion



GEFÄHRDETER GASTRANSIT
Der Krieg erreicht die Pipelines



LIEFERUNGEN GEHEN ZURÜCK
Die Ukraine dreht am Gashahn



RUSSISCHE GA
STOCKT

Die geopolitischen Implikationen russischer Pipeline-Projekte waren zu dieser Zeit schon länger ein Thema: Bereits in einem F.A.Z.-Bericht aus dem Jahr 2000 hieß es, russische Röhrenvorhaben unter Umgehung der Ukraine könnten dazu genutzt werden, Kiew unter Druck zu setzen oder die frühere Sowjetrepublik sogar „heimzuholen“. Nach der Inbetriebnahme von Nord Stream 1 im Jahr 2011 begannen alsbald Gespräche über eine zweite solche Pipeline. Altkanzler Schröder lobbyierte in seinen Gesprächen mit Mitgliedern der Bundesregierung jahrelang erfolgreich für das Projekt, obwohl der außenpolitische Kurs des Kremls zusehends aggressiver wurde.

2014 stimmte das Bundeswirtschaftsministerium – nach der Annexion der Krim – dem Verkauf der RWE-Tochter Dea an eine Gruppe um den russischen Oligarchen Michail Fridmann zu. Das Geschäft umfasste auch bereits den Verkauf deutscher Gasspeicher. Ein Jahr später kam es dann zu einem Tauschgeschäft zwischen Wintershall und dem Staatskonzern Gazprom. So gerieten nun auch die großen deutschen Gasspeicher in Rehden und Jemgum in russische Hände. Auf eine kritische Anfrage der Opposition antwortete das damals von Sigmar Gabriel geführte Bundeswirtschaftsministerium, dass von dem Geschäft keine Gefahr für die Versorgungssicherheit ausgehe. Auch an Nord Stream 2 hielt die Regierung weiter fest, obwohl der russische Anteil an den Erdgasimporten im Jahr 2018 die Marke von 50 Prozent überstieg.

Die Gasspeicher waren plötzlich ziemlich leer

Im Sommer 2021 fiel dann auf, dass die Gazprom-Speicher in Deutschland nicht wie üblich aufgefüllt wurden. Eine Handhabe dagegen hatte die deutsche Regierung nicht. Erst nach dem russischen Überfall entschloss sich Berlin, eine Befüllung der Speicher zu erzwingen. Unter dem Eindruck der militärischen Aggression Moskaus wird nun auch der Bau von LNG-Terminals in Deutschland vorangetrieben.

Die Mehrkosten für den Transport auf dem Seeweg betragen laut Schätzungen von Branchenkennern etwa einen Cent je Kilowattstunde. Der Bezugspreis für russisches Pipeline-Gas in den Lieferverträgen mit Gasprom wird auf knapp zwei Cent geschätzt – das bezieht sich jedoch auf die Zeit vor dem Krieg. Mit diesen Preisen wird verflüssigtes Gas schwerlich mithalten können. Der deutschen Industrie droht somit der Wegfall eines bisherigen Wettbewerbsvorteils. Mit LNG-Terminals wäre Deutschland aber nicht mehr abhängig von Pipeline-Gas und könnte zudem den jeweils günstigsten Lieferanten wählen.

Bis Deutschland über erste LNG-Anlandungskapazitäten in Form schwimmender Terminals verfügt, werden allerdings noch Monate vergehen. Und bereits in dieser Woche kam es erstmals im Verlauf des Krieges zu einem starken Absinken der Gastransporte durch die Ukraine. Zudem verhängte Moskau Sanktionen, die nicht nur frühere Gazprom-Tochterunternehmen in Deutschland betreffen, sondern auch die Jamal-Pipeline durch Weißrussland und Polen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sagte am Donnerstag, mit diesen Maßnahmen habe Moskau begonnen, seine Energielieferungen als Waffe einzusetzen. Nun gehe es darum, sparsam mit Gas umzugehen und die Speicher für den Winter zu befüllen.